



Zeitschrift der Union Europäischer Föderalisten (UEF), des Bundes Europäischer Jugend (BEJ) Oberösterreichs und des Europahauses Linz, Ausgabe 2012; € 1,-; 4010 Linz, Postfach 384

## EUROPA und AMERIKA - Freunde, Partner, Konkurrenten?

*Kamingespräch mit Mag. Richard Kühnel,  
Vertreter der EU-Kommission in Österreich*

**Beim Kamingespräch am 17. 11. 2012 im Bildungszentrum St. Magdalena analysierte der Vertreter der EU Kommission in Österreich, Mag. Richard Kühnel, die Beziehungen zwischen der EU und den USA**

Die Präsidentschaftswahlen in den USA sind geschlagen, mit Barack Obama hat der „Wunschkandidat“ vieler Europäer gesiegt. Wird nun also in den transatlantischen Beziehungen „eitel Wonne“ herrschen? Oder wird es bei den (übermäßig) hohen Erwartungen, welche die europäische Bevölkerung wiederum in Obama setzen, zwangsläufig zu Enttäuschungen kommen? Der Zeitpunkt ist ideal, die Beziehungen zwischen den USA und der EU unter die Lupe zu nehmen um sich zu fragen, wie sich diese in Zukunft entwickeln werden. Dabei lohnt es sich, kurz einige Eckdaten der transatlantischen Beziehung in Erinnerung zu rufen. Faktum ist, dass es wohl keine zwei anderen Regionen der Welt gibt, die historisch, kulturell, wissenschaftlich, wirtschaftlich und politisch so eng verwoben sind wie die beiden Seiten des Nordatlantiks.

Wirtschaftlich sind die EU und die USA die weltweit am stärksten miteinander vernetzten Weltregionen. Mit etwas

mehr als 10% der Weltbevölkerung erwirtschaften sie über 50% des Weltsozialprodukts. Beide Seiten wickeln ca. 15% bis 20% ihres jeweiligen Handels miteinander ab, dies sind über 1,7 Milliarden Euro pro Tag. Der Anteil der Direkt-Investitionen beträgt jeweils über 50%. Diese enge Verknüpfung ist für über 15 Millionen Arbeitsplätze auf beiden Seiten des Atlantiks verantwortlich. Der Nordatlantik ist immer noch das Herz der Weltwirtschaft, dabei stellt die EU mit einem BIP von rd. 14 Billionen Euro die größere der beiden „Herzkammern“ dar, die USA haben ein BIP von ca. 12 Billionen Euro. Die EU kann also trotz Krise eine durchaus selbstbewusste Rolle im transatlantischen Wirtschaftsraum spielen.

*Fortsetzung auf Seite 2*



Kamingespräch 2012: v.l.n.r. Dr. Franz Seibert, Mag. Richard Kühnel, Konsulent Josef Bauernberger und Dr. Franz Kremaier

## *Fortsetzung von Seite 1*

In Fragen der internationalen Sicherheit sind die USA und die EU traditionell enge Partner mit den gleichen Zielen. Zwar gab und gibt es immer wieder Meinungsverschiedenheiten über die Vorgehensweise im Detail. Doch sind die wesentlichen Ziele und Werte von Europäern und Amerikanern die gleichen: internationale Stabilität, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Achtung der Menschenrechte, Wohlstand, freier Handel und die Kontrolle bzw. Abrüstung bei Massenvernichtungswaffen. Europa arbeitet eng und vertrauensvoll mit den USA in zentralen Fragen der internationalen Sicherheit zusammen, z.B. bei der Stabilisierung Afghanistans, einer politischen Lösung für Irans Nuklearprogramm sowie Fortschritte im Nahost-Prozess. Anzumerken ist, dass Europa dabei keinesfalls die Rolle des ewigen Junior-Partners übernimmt, sondern immer mehr gleichberechtigter Partner geworden ist. So sichern beispielsweise rd. 100.000 EU-Soldaten den Frieden im Rahmen von Missionen in Asien, Afrika und am Balkan.

Eine starke Partnerschaft basiert nicht nur auf Abkommen, Handelsstatistiken oder Bekenntnissen von Politkern, sie muss von den Bürgerinnen und Bürgern gewollt und gelebt werden. Laut einer aktuellen Meinungsumfrage vom German Marshall Fund (2012) wünscht sich die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung eine starke Rolle des transatlantischen Partners in der Weltpolitik. Des Weiteren spielen Ausbildung und soziale Kontakte eine wichtige Rolle. Letztes Jahr haben rund 200.000 Studenten auf der jeweils anderen Seite des Atlantiks studiert, jeder von ihnen wird ein Botschafter für gute transatlantische Beziehungen in der Zukunft sein. Jedes Jahr besuchen schließlich über 10 Millionen Touristen aus der EU Amerika, ähnlich viele Amerikaner besuchen Europa. Die guten Beziehungen zwischen Europa und den USA sind also nicht nur ein Projekt von Eliten, sie werden von Millionen von Bürgern getragen.

*Der Status quo zeigt eindeutig, die USA und Europa sind füreinander der größte, wichtigste und verlässlichste Partner. Das Fundament der Beziehungen ist solide, doch wie steht es um die Perspektive? Vor welchen Herausforderungen stehen Europa und die USA, welche Faktoren könnten die Beziehungen beeinflussen?*

## **Asien**

Der wohl wichtigste Faktor ist der Aufstieg der Schwellenländer (BRICS) und hier insbesondere Chinas. Europa und die USA haben den wirtschaftlichen Austausch mit den Schwellenländern in den vergangenen Jahren enorm gesteigert. Für den Außenhandel Österreichs aber auch bspw. Deutschlands spielt Asien insgesamt bereits jetzt eine wichtigere Rolle als Amerika. Außenpolitisch konzentrierte sich die erste Obama-Administration stark auf Asien, wie z.B. der Versuch, die Politik Chinas aufzulockern, aber auch die neuen (Militär-)Abkommen in Südostasien und im Südpazifik zeigen. Eine wirtschaftliche und politische Hinwendung der USA - aber auch Europas - zu Asien muss allerdings nicht gleichzeitig eine Schwächung der transatlantischen Beziehungen bedeuten, dies muss kein Nullsummen-Spiel sein. Gerade in einer komplexeren Welt mit mehreren starken Akteuren (allen voran China) sind verlässliche, langfristige Partner unabdingbar. Und wie eingangs

ausgeführt gibt es hierfür sowohl für die USA als auch für die EU keine bessere Alternative als eine starke transatlantische Partnerschaft. Die entstehende multipolare Weltordnung kann daher mittelfristig die atlantische Partnerschaft festigen.

## **Gemeinsames Vorgehen in der Krise und bei globalen Herausforderungen**

Sowohl die USA als auch Europa sind mit der tiefsten Wirtschaftskrise seit der großen Depression bzw. dessen Auswirkungen beschäftigt. Hierbei werden sogar Rufe nach protektionistischen Maßnahmen laut, um die jeweiligen Heimmärkte (vermeintlich) zu schützen. Die Devise muss jedoch eine weitere Integration des atlantischen Wirtschaftsraums sein, nicht Aufbau von Barrieren und Handelshemmnissen. Dabei geht es nicht nur um die Sicherung des derzeitigen Wohlstandes auf beiden Seiten des Atlantiks. Europa und die USA müssen gemeinsam beweisen, dass – trotz aller nötigen Reformen – ihr Grundmodell einer demokratischen Marktwirtschaft fit für das 21. Jahrhundert ist. Das gilt auch für andere globale Herausforderungen wie etwa den Klimawandel. Nur Europa und Nordamerika gemeinsam haben die technische Expertise und den politischen Einfluss, eine globale Lösung voranzutreiben. Europa hat hier eine Führungsposition eingenommen und erwartet sich (zu Recht) eine Wiederbelebung der amerikanischen Anstrengungen für eine weltweit bindende Übereinkunft.

## **Sicherheitspolitik**

In allen wichtigen Sicherheitsfragen – von Syrien über den Iran bis Nordkorea, von Terrorismus bis zum internationale Verbrechen – haben die USA und Europa wenig Alternativen, als noch enger zusammenzuarbeiten. Die Bedrohungen und die Interessen sind zu einem großen Teil dieselben. Die Zusammenarbeit mit China, Russland und anderen aufstrebenden Mächten gestaltet sich schwierig, wie das Beispiel Syrien zeigt. Hingegen haben EU und USA in Afghanistan, auf dem Balkan, oder vor der Küste des Horns von Afrika bewiesen, dass sie gemeinsam Frieden schaffen können. Eine enge transatlantische Partnerschaft in Fragen der internationalen Sicherheit wird daher langfristig Bestand haben. Allerdings werden die USA von Europa mehr Eigenverantwortung erwarten, vor allem bei der Bewältigung von Problemen in unserer unmittelbaren Nachbarschaft.

Fazit: Die Geschichte des 21. Jahrhunderts ist noch nicht geschrieben, es ist nicht in Stein gemeißelt, dass nun ein asiatisches Zeitalter anbricht. Eine stärkere Partnerschaft zwischen den USA und der EU, die sich über das Wechselspiel sektorieller oder geographisch limitierter Freundschafts- und Konkurrenzmodelle hinaus entwickelt, kann auch dieses Jahrhundert mit ihren Wertvorstellung entscheidend mitgestalten. Dies basiert nicht auf falscher Nostalgie, sondern weil die EU und die USA bei der Meisterung der zentralen Herausforderungen einander brauchen werden. Die Beziehungen werden facettenreicher werden, aber weiterhin eng bleiben: Konkurrenten auf dem Weltmarkt, wo ein gesunder Wettbewerb das Beste in allen ansporn. Freunde in allen kulturellen, wissenschaftlichen und zwischenmenschlichen Belangen, wo Kooperation die jeweiligen Stärken beider Seiten vereint. Partner in der Weltpolitik, wo gemeinsame Werte gegenüber anderen Mächten und Konzepten zu verteidigen sind.



Bezahlte Anzeige

## Aktives Altern: Abschlussveranstaltung des Europäischen Jahres 2012

Das Europäische Jahr 2012 hat zahlreiche Akteure in ganz Europa mobilisiert, die sich dem Ziel widmen, mehr Möglichkeiten für Aktivität im Alter zu schaffen und die Solidarität zwischen den Generationen zu fördern. Das Jahr war Anlass für Hunderte neuer Initiativen und Veranstaltungen auf europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene zu den Themen Beschäftigung, soziale Beteiligung und selbstbestimmtes Leben älterer Menschen. Auf der Abschlussveranstaltung des Europäischen Jahrs 2012 für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen in Nikosia (Zypern) am 10. Dezember werden die Errungenschaften gewürdigt.

Zusätzlich haben die EU-Mitgliedstaaten gemeinsam mit der Kommission „Leitlinien für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen“ ausgearbeitet, die am 6. Dezember 2012 vom Rat gebilligt wurden. Die Leitlinien richten sich an Mitgliedstaaten, Regionen, Städte, Unternehmen und andere Organisationen, die in den nächsten Jahren einen Beitrag zur weiteren Verbesserung des Umfelds für Aktivität im Alter leisten können.

In seiner Ansprache sagte Kommissar Andor: „Durch das Jahr haben wir eine neue Sicht auf das Phänomen der alternden Bevölkerung erhalten. Früher war die wachsende Zahl alter Menschen ein Problem für uns. Mittlerweile begreifen wir sie als einen Teil der Lösung – wenn sie ihr Potenzial ausschöpfen und wir davon profitieren können. Wir müssen weiter in unser Humankapital – unsere größte Stärke – investieren.“

### Hintergrund

Die Bevölkerungsalterung bereitet oftmals Anlass zur Sorge, eröffnet allerdings auch neue Möglichkeiten. Wird anerkannt, welchen Beitrag ältere Menschen zu Wirtschaft und Gesellschaft leisten, und wird dieser Beitrag noch gesteigert, so sind die Herausforderungen der Bevölkerungsalterung in Bezug auf die Nachhaltigkeit unserer Sozialsysteme besser zu meistern.

Das „Europäische Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen 2012“ sollte diese Themen ins Licht der Öffentlichkeit rücken und Maßnahmen unterstützen, dank derer ältere Menschen leichter aktiv und unabhängig bleiben können und die eine echte wechselseitige Solidarität zwischen den Generationen gewährleisten.

Zahlreiche Mitgliedstaaten nahmen das Europäische Jahr 2012 zum Anlass für wichtige politische Initiativen. Österreich präsentierte im Januar 2012 einen Bundessenorenplan. Der Plan wurde vom österreichischen Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz in Zusammenarbeit mit dem Bundessenorenbeirat ausgearbeitet. In ihm sind die jüngsten Entwicklungen und wichtigsten Herausforderungen auf verschiedenen Politikfeldern beschrieben, die die Lebensqualität älterer Menschen berühren. Ferner enthält er eine Reihe von Empfehlungen, mit denen ältere Menschen in die Lage versetzt werden sollen, sich in allen Lebensbereichen aktiv zu beteiligen.

Quelle: RAPID



## Verleihung des Friedensnobelpreises 2012 an die Europäische Union.

*Das Norwegische Nobelkomitee hat entschieden, dass der Friedensnobelpreis 2012 an die Europäische Union (EU) vergeben wird. Die Union und ihre Vorgänger haben über sechs Jahrzehnte zur Förderung von Frieden und Versöhnung, Demokratie und Menschenrechten beigetragen.*

In der Zwischenkriegszeit hat das Norwegische Nobelkomitee Auszeichnungen an Personen vergeben, welche die Versöhnung zwischen Deutschland und Frankreich gefördert haben. Seit 1945 ist diese Versöhnung Wirklichkeit geworden. Das furchtbare Leiden im Zweiten Weltkrieg zeigte die Notwendigkeit eines neuen Europa. Über einen Zeitraum von 70 Jahren hatten Deutschland und Frankreich drei Kriege ausgefochten. Heute ist Krieg zwischen Deutschland und Frankreich undenkbar. Das zeigt, wie historische Feinde durch zielstrebige Bemühungen und den Aufbau gegenseitigen Vertrauens enge Partner werden können. In den 1980er-Jahren sind Griechenland, Spanien und Portugal der EU beigetreten. Die Einführung der Demokratie war Voraussetzung für ihre Mitgliedschaft. Der Fall der Berliner Mauer hat die EU Mitgliedschaft für etliche zentral- und osteuropäische Länder möglich gemacht und so eine neue Ära in der europäischen Geschichte eingeleitet. Die Teilung zwischen Ost und West ist in weiten Teilen beendet; die Demokratie wurde gestärkt; viele ethnisch bedingte nationale Konflikte wurden gelöst.

Die Aufnahme von Kroatien als Mitglied im nächsten Jahr, die Einleitung von Aufnahmeverhandlungen mit Montenegro und die Erteilung des Kandidatenstatus an Serbien stärken den Prozess der Aussöhnung auf dem Balkan. Im letzten Jahrzehnt hat auch in der Türkei die Aussicht auf eine EU-Mitgliedschaft Demokratie und Menschenrechte in diesem Land gefördert.

Die EU erlebt derzeit ernste wirtschaftliche Schwierigkeiten

und beachtliche soziale Unruhen. Das Norwegische Nobelkomitee wünscht den Blick auf das zu lenken, was es als wichtigste Errungenschaft der EU sieht: den erfolgreichen Kampf für Frieden und Versöhnung und für Demokratie sowie die Menschenrechte. Die stabilisierende Rolle der EU hat dazu beigetragen, Europa von einem Kontinent der Kriege zu einem Kontinent des Friedens zu verwandeln.

Die Arbeit der EU repräsentiert „Bruderschaft zwischen den Nationen“ und entspricht einer Form von „Friedenskongressen“, auf die sich Alfred Nobel als Kriterium für den Friedenspreis 1895 in seinem Testament bezogen hat.

Geir Lundestad mit den Spitzen der EU, Foto: EU Press Services



## **Europäischer Kongress für Medien und Demokratie EMDK 2012 in Wien. JEF geht neue Wege:**

(Wien) Als Auftakt-Veranstaltung zum Europatag am 9. Mai 2012 startete der Europa Medien Demokratie Kongress, an dem 150 Jugendliche zwischen 15 und 26 Jahren aus ganz Österreich teilnahmen. Dieser Seminar-Kongress von 9. bis 11. Mai wurde vom Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur (BMUKK) und dem Bund Europäischer Jugend/Junge Europäische Föderalisten Österreich (BEJ/JEF) in Kooperation mit der Vertretung der Europäischen Kommission und dem Informationsbüro des Europäischen Parlaments durchgeführt.

Der EMDK 2012 offerierte eine bunte Palette an Einblicken in die europäische Politik und die Teilnahmemöglichkeit an medialen Workshops zu EU-Themen. Ein Team aus 14 Personen begann für einen reibungslosen Ablauf bereits im Dezember 2011 zu planen, vorzubereiten und zu organisieren. Unter ihnen Christine Marcher, Daniel Gerer, Jörg Berger und Carmen Fischer. Hintergrund war, ein Projekt zu schaffen, das sozial barrierefrei ist, wo Jugendliche aus dem Schulalltag herauskommen und bei verschiedenen europäischen Projekten mitarbeiten können. Es ging bei einem „learning by doing“ darum, dass die Jugendlichen Europa kennen lernen, Lust und Laune entwickeln, sich zu engagieren, weil unsere Demokratie davon lebt.

### **Politiker Speeddating**

Der Wiener Prater war zu Beginn Schauplatz eines Rendezvous der etwas anderen Art. In sieben Waggons des Wiener Riesenrades und dem angrenzenden Salettl konnten Jugendliche im 15-Minuten-Takt Politiker-innen der österreichischen und europäischen Ebene Fragen stellen und gewannen dabei Einblicke in deren Arbeitsleben, Alltag und politischen Werdegang.

Vorträge und Diskussionen mit Medienfachleuten, qualifizierten EU-Expertinnen sowie Pressesprecherinnen der Europäischen Institutionen brachten den Teilnehmern-innen die Medienarbeit in der EU, sowie ihre Aufgaben und Möglichkeiten in zahlreichen den Bereichen näher.

Im Meinungsaustausch mit Experten-innen und in Mediengesprächen lernten die Teilnehmer-innen die Funktionsweise und das Zusammenspiel von Politik und Medien kennen. In den Bereichen Projektmanagement, Journalismus, Foto, Video, Radio, Rhetorik und Self-Marketing konnte das erworbene Wissen nach der Funktionsweise einer Redaktion praktisch erprobt werden. Die Evaluierung erfolgte durch die Produktion einer Kongresszeitung mit dem Titel: „ZWÖLF STERNE“ Österreichisches Jugendmagazin für Europaangelegenheiten. (Sonderausgabe EMDK 2012)

Donnerstagabends gab es im Apollokino in Wien den Film: „The Brussels Business“ zu sehen, ein Doku-Thriller, der in die Grauzone der europäischen Demokratie eindringt. Eine Expedition in die Welt der 15.000 Lobbyisten in Brüssel,

der PR-Konglomerate, Think Tanks und ihrer allumfassenden Netzwerke der Macht sowie ihrer engen Verflechtung mit den politischen Eliten. Ein Film, der die inoffizielle Version der Europäischen Einigung ans Licht bringt. Mit dem Thema Lobbyismus wurde auch ein Einblick in Alltag und Arbeitsweise der Beteiligten ermöglicht, Ursachen wie Hintergründe objektiv dargestellt und Lösungsansätze für die Problematik der Transparenz im Rahmen von Lobbying-Tätigkeiten aufgezeigt. Im Anschluss an den Film diskutierte der Regisseur des Films Friedrich Moser mit den Teilnehmer-innen.

### **Höhepunkt am Freitag**

Höhepunkt war am Freitag im Haus der EU in Wien, als die Ergebnisse der Workshops präsentiert und die Evaluierung des EKMD 2012 vorgenommen wurden.

### **Resümee**

Clarisse Anastacio, (die im vierten Semester Politikwissenschaft an der Universität Wien studiert) meint: Letztlich ist es einfacher, Argumentationen gegen die EU durch Mobilisierungsverlierer zu finden, denn Verlierer sind gezwungen, sich ihren Fehlern zu stellen. Während Gewinner schwerer zu mobilisieren sind, da sie kein Empfinden oder keinen Zwang fühlen, sich artikulieren zu müssen. Wenn wirtschaftliche Fehler geschehen, die mit massiven Teuerungen einhergehen, so müssen sich die Beteiligten der EU rechtfertigen. Weniger Interesse herrscht an Geschäftsabläufen, die diese Teuerungen hervorgerufen haben. Auch das mangelnde Demokratiedefizit und die horrende Bürokratie kennzeichnen sich im Unmut der Bürger-innen.



v.l.n.re: Im Riesenrad stellten sich Daniela Musiol (NRABG der GRÜNEN und Sprecherin für Familien-, Demokratiepolitik und Verfassung); Stefan Markowitz (NRABG des BZÖ und Sprecher für die Bereiche Lehrling- Jugend- und Tourismus), David Ellerhofer (Klubobmann der GRÜNEN in Wien); Christoph Peschek (LAGB zum Wiener Landtag / Gemeinderat der SPÖ, Jugend- und Lehrlingssprecher); Ines Anger-Koch (LAGB zum Wiener Landtag / Gemeinderat der ÖVP), Peko Baxant (LAGB zum Wiener Landtag / Gemeinderat der SPÖ), Bettina Rausch (Mitglied des Landesparteivorstandes der ÖVP Niederösterreichs) dem Speeddating.

## GRUNDSATZPROGRAMM

### PRÄAMBEL

Europa steht an einer Zeitenwende. Nach Jahrzehnten eines schrittweisen, alles in allem erfolgreichen Einigungsprozess stellt die Wirtschafts- und Finanzkrise die bisherigen Ziele und Methoden der Integration von Grund auf in Frage. Die Hoffnung, über die wirtschaftliche Union die politische Union zu erreichen, hat sich ebenso als Illusion herausgestellt wie die in den Verträgen erwartete, gleichsam selbstbewegende „immer engere, immer weitere Integration Europas“.

Die Europäischen Föderalisten waren seit ihrer Gründung unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg von der Notwendigkeit eines Europäischen Bundesstaates überzeugt. Lange wurde dies von vielen Mitbürgerinnen und Bürgern bestenfalls als Vision zur Kenntnis genommen. Heute mehren sich die Stimmen, die ein radikales „Mehr“ an Europa als unumstößlich betrachten. Andere wollen hingegen die Europäische Union wieder zurückbauen, sehen angesichts der Krisen die Rettung in einem Zurück zu mehr Nationalstaatlichkeit.

Für uns Föderalisten gibt es keine Alternative zu einem föderalistischen Europa. Mit guten Gründen, die wir in unserem überarbeiteten Grundsatzprogramm niedergelegen. Die Zukunft Europas, seine politische Gestalt mit mehr oder weniger EU ist alles andere als sicher. Es wird letztlich auf die Bürgerinnen und Bürger ankommen. Sie zu überzeugen ist unsere Aufgabe und Herausforderung.

### GRUNDSATZPROGRAMM

#### 1. Unser Selbstverständnis:

Die Europäische Föderalistische Bewegung versteht sich europaweit als die Speerspitze der europäisch engagierten Bürgerinnen und Bürger und setzt sich, zusammen mit Partnerorganisationen in vielen europäischen Ländern, für die Vollendung der bundesstaatlichen Einiung Europas ein. Sie wurde 1946 von

visionären Europäerinnen und Europäern als streng überparteiliche und überkonfessionelle proeuropeäische Organisation gegründet.

In Österreich formierte sich die Europäische Föderalistische Bewegung Österreich (EFB) im Jahr 1951 und engagiert sich seitdem für ein friedliches, föderales und demokratisches Europa. Die EFB in Österreich arbeitet eng mit der Europäischen Bewegung, den Europahäusern und der Jugendorganisation Junge Europäischen Föderalisten zusammen, kooperiert grenzüberschreitend mit ihrer Dachorganisation Union der Europäischen Föderalisten (UEF), den föderalistischen Partnern in anderen europäischen Staaten, dem European Movement International, dem europäischen Erzieherbund AEDE und vielen anderen.

#### 2. Unser Leitbild:

##### *Das Vereinte Europa der Staaten und der Bürgerinnen und Bürger*

Jahrhundertelang prägte das Ringen um territoriale, religiöse, sowie ideologische Vorherrschaft die Geschichte Europas. Dem Bedürfnis nach Frieden folgend, entstand die Idee eines Vereinten Europas, die jedoch erst angesichts der Katastrophen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) im Jahr 1951 ihren Anfang nahm. Mittlerweile ist die Europäische Union (EU), die den institutionellen Rahmen dieses europäischen Integrationsprozesses bildet, einem rein marktwirtschaftlich orientierten Zusammenschluss entwachsen und fühlt sich umfassend den politischen Bedürfnissen ihrer Bürgerinnen und Bürger verantwortlich.

In Zeiten globaler politischer und wirtschaftlicher Unsicherheiten gefährden wiedererwachende Nationalismen und Anti-EU-Populismus die bereits erreichte Integration und ausstehende Erweiterungs- und Vertiefungsschritte. Denn zur Verhinderung von Gewalt, nationalisti-

schen Machtansprüchen, im Interesse von äußerer und innerer Sicherheit, der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Zukunft Europas ist die gesamtpolitische Europäische Union unverzichtbar. Sie ist vor allem die Chance, als wirksame politische Gemeinschaft ihre Politik auf die Grundlage demokratischer, föderaler und Grund- und rechtsstaatlicher Prinzipien zu stellen und diese weiterzuentwickeln.

#### 3. Unsere Europa-Ziele:

##### Globale Verantwortung des Vereinten Europas

In einer globalen Perspektive trägt das Vereinte Europa neben seiner ökonomischen Bedeutung, zu einer weltweiten Entwicklung in Richtung Frieden, Menschenrechte, Demokratie und Wohlstand bei. Der Schaffung einer friedlichen Welt kommt dem Vereinten Europa aufgrund dessen politischen Gewichts neben einer Vorbildfunktion auch eine besondere Verantwortung zu, welche sich vor allem in seiner Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik widerspiegeln muss.

##### Solidarische und politische Identität des Vereinten Europas

Das Vereinte Europa verpflichtet sich dem Schutz der Grundrechte, wie sie in der Europäischen Menschenrechtskonvention und der UN-Charta der Menschenrechte festgelegt sind und garantiert somit die politischen, bürgerlichen, kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Grundrechte, die allen Bürgerinnen und Bürgern ohne Diskriminierung zustehen. Die Europäerinnen und Europäer, die europäische Bürgerschaft bildet zugleich die Basis des Vereinten Europas, das sich über eine reine Staatenintegration hinaus der Integration aller Bürgerinnen und Bürger verschreibt. Ein politisch machtvoller Vereintes Europa kann nur auf Grundlage demokratischer Legitimation durch dessen Bürgerinnen und Bürger und dem politischen, bürgerlichen Verständnis der Menschen selbst, bestehen. In der Entwicklung dieser gesamteuropäischen politischen Identität sehen wir eine unserer Hauptaufgaben. Dazu bedarf der politische Entscheidungsprozess eines hohen Maßes an Transparenz und vielfältige Möglichkeiten der Mitwirkung und Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger. Gesamteuropäische Listen bei der Wahl zum Europäischen Parlament, die Entwicklung und der Ausbau gesamteuropäischer Parteien und Interessensvertretungen sowie zivilgesellschaftlicher Strukturen sind Grundlage der demokratischen Legitimation auf europäischer Ebene. Die umfassende Kommunikation der politischen Willensbildung ist eine Bringschuld der politisch Verantwortlichen auf europäi-

scher und nationalstaatlicher Ebene, weil nur so sich die Bürgerinnen und Bürger im Vereinten Europa mit eingeschlossen fühlen können.

## Gesamteuropäische Verfassung

Auf Grundlage einer gesamteuropäischen Verfassung vertritt das Vereinte Europa als demokratisch-rechtsstaatlicher Bundesstaat, die gemeinsamen Interessen der Mitgliedsstaaten, sowie aller Bürgerinnen und Bürger nach innen wie außen. Die Verfassung regelt zudem die Kompetenzverteilung zwischen Mitgliedsstaaten und dem Vereinten Europa und dessen konkreten Aufbau, Aufgaben und Arbeitsweisen.

## Der Innere Aufbau des Vereinten Europas

Das Vereinte Europa versteht sich als parlamentarische Demokratie mit bürgerpartizipatorischen Elementen. Das von den Bürgerinnen und Bürgern in allgemeiner, freier unmittelbarer, gleicher und geheimer Wahl gewählte Europäische Parlament verfügt für den Bereich der Gesetzgebung über die entscheidende legislative Kompetenz, einschließlich der Gesetzes- und Verfassungsinitiative. Im Sinne der gesamteuropäischen politischen Identität wird das Europäische Parlament zur Hälfte von gewählten Mandatarinnen und Mandataren nationalstaatlicher Listen beschickt, die andere über gesamteuropäische Listen gewählt. Die Interessen der Mitgliedsstaaten werden von nationalen beziehungsweise regionalen Repräsentanten wahrgenommen, welche gemeinsam mit dem Europäischen Parlament auch die Europäische Regierung ernannt. Diese wird von einer/einem direkt gewählten Regierungspräsident/in, mit Rücksicht auf regionale und geschlechtsspezifische Ausgewogenheit zusammengestellt. Die Anzahl der Regierungsmitglieder soll die Hälfte der Mitgliedstaaten nicht überschreiten.

## Kultur und Bildung

Das Vereinte Europa tritt auf Grundlage gegenseitiger Achtung und Wahrung nationaler und regionaler Identitäten für einen, von den Menschen getragenen kulturellen Austausch und Aufbau einer, von gesamteuropäischen Werten getragene Identität ein. Diese versteht die kulturelle Vielfalt als Reichtum Europas und fördert den Erwerb transeuropäischer Kompetenzen zur persönlichen Entwicklung der Bürgerinnen und Bürger, aber auch zur Herausbildung des Bewusstseins für eine offene, europäische, pluralistische Gesellschaft und ihrem gemeinschaftlichen Zusammenhalt. Unabdingbarer Beitrag dazu ist die Verankerung einer umfassenden, breit angelegten Europäischen Politischen

Bildung.

## Wirtschafts- und Finanzpolitik

Das Ziel der wirtschaftlichen Stabilität des Vereinten Europas beruht auf einer maßvollen wirtschaftspolitischen Steuerung des europäischen Binnenmarktes und der Währungsunion. Das Vereinte Europa orientiert sich an den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft, als bewährte Basis einer Wirtschaft zur Sicherung sozialer sowie ökologischer Standards im Dienste der Menschen. Als Leitbilder dient neben Nachhaltigkeit und Wohlstand aller Bürgerinnen und Bürger auch die Annäherung der Lebensverhältnisse innerhalb des Vereinten Europas. Eine weitere Grundlage des wirtschaftspolitischen Rahmens bildet die gemeinsame Währung. Ihre Stabilität beruht auf einer verbindlich abgestimmten gemeinsamen Wirtschafts-, Finanz- und Haushaltspolitik des Vereinten Europas und ihrer Mitgliedstaaten, sowie auf der unabhängigen Europäischen Zentralbank. Dritter Pfeiler einer stabilen Wirtschaftspolitik repräsentiert ein gesamteuropäisches Finanzministerium, das über einen entsprechend ausgestatteten Haushalt verfügt, die gesamteuropäischen Steuern und sonstigen Einnahmen verwaltet und entsprechende Haushaltsdisziplin sicherstellt.

## Umwelt und Energie

Das Vereinte Europa und seine Mitgliedsstaaten verschreiben sich dem sorgsamen, effektiven und nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen und damit dem aktiven Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen. Dem unterliegt unter anderem auch die gemeinsame Energiepolitik, die sich einer Reduzierung des Energieverbrauchs und des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes und den Ausbau erneuerbarer Energien verschreibt.

## Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

Die Gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik des Vereinten Europas muss zur möglichst wirksamen Vertretung europäischer Wertehaltungen und Interessen mit einer Stimme sprechen und bedient sich dabei eines gemeinsamen Außenministeriums. Ziel der gemeinsamen Politik ist die Sicherung des Friedens, die Beilegung von Konflikten, soweit wie möglich mit friedlichen Mitteln, die Verwirklichung der Menschenrechte, sowie die ökonomische, ökologische und damit soziale Stabilisierung Europas und der Welt. Außenpolitische Initiativen von Mitgliedstaaten des Vereinten Europas dürfen nicht im Widerspruch zur Außenpolitik der Union stehen. Das Vereinte Europa trägt auch zur möglichst großen Wirksamkeit der Ver-

einten Nationen und der internationalen Rechtsordnung bei.

## Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Dem Vereinten Europa kommt aufgrund seines politischen Gewichts eine besondere Verantwortung für die globale Entwicklung zu Frieden, Menschenrechten, Demokratie und Wohlstand und deren Sicherung zu. Bei der Äußeren Sicherheitspolitik des Vereinten Europas liegen Chancen und Schwerpunkt zu allererst bei den nichtmilitärischen Mitteln. Entwicklungspolitik, Konfliktprävention, Ziviles Krisenmanagement und -prävention nehmen dabei eine besondere Rolle ein, deren Wirkungschancen durch gemeinsame Politik, Bündelung der Kapazitäten und Ressourcen der einzelnen Mitgliedstaaten wesentlich verstärkt werden.

Zu Notwehr und Nothilfe bedarf aber auch das Vereinte Europa militärischer Fähigkeiten und Kapazitäten. Deren Bereitstellung durch ein Zusammenführen der nationalen Armeen in eine gemeinsame Europäische Armee schafft mehr militärische Sicherheit aller mit weniger Aufwand. Die militärische Sicherung der Werte und Errungenschaften des Vereinten Europas sowie der europäische Beitrag zur kollektiven Sicherheit im Rahmen der Vereinten Nationen liegen daher bei dessen Vereinter Armee.

## Das Vereinte Europa und seine Grenzen

Das Vereinte Europa steht neuen europäischen Mitgliedwerbern offen, soweit sich diese zu den Werten und Grundsätzen des Vereinten Europas bekennen, politisch und gesellschaftlich bereit und in der Lage sind alle damit einhergehenden Verpflichtungen zu erfüllen und sich zu weiteren Integrationsschritten bereit erklären. Mitgliedstaaten, die die Voraussetzungen nicht mehr erfüllen können oder nicht mehr wollen haben das Vereinte Europas in einem geregelten Verfahren wieder zu verlassen. Mit Staaten, die diese Voraussetzungen nicht mitbringen, ebenso mit Staaten in der geografischen Nachbarschaft Europas, können besondere Vereinbarungen getroffen werden, die geeignet sind, die beiderseitigen Interessen zu fördern.

Für die Durchsetzung dieser Ziele wirbt die Europäische Föderalistische Bewegung bei ihren europäischen und österreichischen Mitbürgerinnen und Bürgern und den politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern. Unser zentrales Anliegen ist die Europäische Bürgerschaft als Grundlage eines demokratisch verfassten, menschrechtlichen und seiner globalen Verantwortung wahrnehmenden, Europas.

**Die Zukunft der  
EU-Außen- und  
Sicherheitspolitik.**  
*Dr. Friedhelm Frischenschlager,  
EFB-Präsident*



Mag. Richard Kühnel, Leiter der Vertretung der Kommission in Österreich Gordan Bakota, Botschafter der Republik Kroatien

## Ehrungen beim Europaforum Neumarkt

### Mérise Européen

Das Europa-Forum Neumarkt gab auch Anlass, den Europahaus-55er zu feiern. Im Rahmen dieser Feier wurde an Bischof **Dr. Egon Kapellari** (Mitte) der „Mérise Européen in Gold“ überreicht, **Mag. Erich Putz** (li) und **OSR Erich Wörister(re)** erhielten den Mérise Européen in Silber.



Die Laudationes hielt Wirtschaftskammerpräsident Dr. Christoph Leitl. Er wie auch Europalandesrat Dr. Christian Buchmann und LAbg. Max Lercher richteten Grußworte an die Festgäste.

### Ehrenplakette



„Auch bekannt als ‚Europamax‘ war und ist **Max Wratschgo** in der Steiermark und in Österreich schon Jahrzehnte vor Österreichs EU-Beitritt ein Vordenker für Europa und hat sich unermüdlich für ein Europa ohne geographische Grenzen, aber vor allem für ein Europa ohne Grenzen in den Köpfen der Menschen eingesetzt. Max Wratschgo war der Zeit immer schon

## Europaforum Neumarkt 2012: Die Rolle der EU im internationalen Kontext

*Das Karl Brunner Europahaus Neumarkt/Schloss Forchtenstein kann im Jahr 2012 bereits auf eine 55jährige Geschichte zurückblicken. Fester Bestandteil und Höhepunkt des Programms ist seit vielen Jahren das Europa-Forum Neumarkt, an dem mehr als hundert Personen aus zahlreichen west- und osteuropäischen EU-Staaten teilnahmen. Vom 13. bis 15. Juli beschäftigten sich die Referenten/innen und Teilnehmer/innen des Europa-Forums mit dem Thema „Die EU im europäischen und internationale Rolle Kontext – Erweiterungsstrategie, Nachbarschaftspolitik und Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik.“*

Der EFB-Präsident **Dr. Friedhelm Frischenschlager** wies in seinem Referat auf die lange Geschichte der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik - GASP hin. Diese habe zwar ein erkennbares Profil entwickelt mit Eigenheiten, aber mit deutlichen Schwächen. Ein Problem besteht darin, dass die EU-Staaten häufig nicht abgestimmt eigene politische Ziele verfolgten und es bisher in der GASP keine Mehrheitsentscheidungen gebe. Zugleich macht aber die EU in verschiedenen Krisenregionen der Welt militärische Missionen. Im Rückblickend kann man sagen, dass die GASP trotz der langjährigen Bemühungen um einen gemeinsamen Politikansatz nach wie vor in der Entwicklung ist, fragil und mit Widersprüchen behaftet. Warum strebt die EU-Staaten überhaupt eine gemeinsame Außen-

und Sicherheitspolitik an?. Die EU ist heute die größte Wirtschaftsmacht der Welt. Diese Stellung bringt im Zeitalter der Globalisierung auch in anderen Bereichen Erwartungen der Partnerländer mit sich und so muss die EU zunehmend globale Verantwortung übernehmen: in der Umweltpolitik, beim Klimaschutz, in der Entwicklungszusammenarbeit und eben auch bei der weltweiten Friedenssicherung. Von Bedeutung sei in diesem Zusammenhang auch der verlässliche Zugang zu den Rohstoffquellen. Die Verfolgung gemeinsamer Interessen muss geradezu zwangsläufig zu einer Bündelung der nationalen außen und sicherheitspolitischen Instrumente führen . Auch aus Kostengründen bringt eine Zusammenführung der nationalen Streitkräfte erhebliche Vorteile. Voraussetzung hierfür sei jedoch eine Vereinbarung gemeinsamer Ziele auf der Grundlage gemeinsamer Werte. Im Hinblick auf die friedliche Beilegung von Konflikten verfügt die EU über reichhaltige Erfahrungen und hat sich auch bei der Konfliktbewältigung mit zivilen Instrumenten erfolgreich engagiert. Dieser Weg ist konsequent weiter zu verfolgen. Die EU sollte daher – unabhängig von, aber durchaus in Partnerschaft mit den USA - eine eigenständige Politik entwickelt. Notwendig ist hierfür auch die Übertragung nationaler Souveränität auf die europäische Ebene. Die Bündelung und Zusammenführung der bestehenden nationalen Ressourcen kann letztlich auch zu einer europäischen Armee führen. Voraussetzung für weiterreichende Reformen in der Außen- und Sicherheitspolitik ist allerdings die Herausbildung einer politischen Identität der EU auch in der Außen- und Sicherheitspolitik und das Vertrauen der Bevölkerung in die Strukturen und



Dr. Christian Buchmann,  
Europalandesrat



Mag. Franz Nauschnigg, Leiter der Integrationsabteilung der Österr. Nationalbank



Mag. Barbara Eibinger, Mitglied  
des Landtags der Steiermark

handelnden Personen.

Die EU-Nachbarschaftspolitik zur Sicherung von Frieden und Wohlstand. Ein wesentlicher Baustein der EU-Außenpolitik ist die Pflege der Beziehungen zu den unmittelbaren Nachbarn. Der Leiter der Vertretung der Kommission in Österreich, **Mag. Richard Kühnel**, wies darauf hin, dass sich die geopolitischen Koordinaten in der Welt seit Beginn des letzten Jahrhunderts und verstärkt nach dem Ende des Kalten Krieges deutlich verschoben haben. Vor hundert Jahren lebte ein Drittel der Weltbevölkerung in Europa, heute sind es nur mehr acht Prozent. Trotz dieses Rückgangs stellt die EU jedoch heute ein Drittel der weltweiten Wertschöpfung. Zudem leben die Menschen hier in einer Zone der inneren und äußeren Sicherheit. Um den Frieden und den Wohlstand abzusichern zu können, braucht die EU einen Ring von Freunden. Deshalb wurde die Idee der Europäischen Nachbarschaftspolitik vom damaligen Präsidenten der EU Romano Prodi entwickelt und vom österreichischen Kommissionsmitglied Benita Ferrero-Waldner umgesetzt. Ziel dabei ist die Unterstützung von Transformationsprozessen mit dem Ziel von Modernisierung und Demokratisierung. Den einbezogenen Staaten wird zwar kein Beitritt zur EU, jedoch eine besonders enge Zusammenarbeit und Partnerschaft in Aussicht gestellt. Instrumente sind weitreichende Assoziierungsabkommen mit der Vereinbarung von regelmäßigen politischen Kontakten, Finanzhilfe, Handels- und Reiseerleichterungen. Von Vorteil für die Partnerstaaten ist auch der Zugang zu den Austausch- und Kooperationsprogrammen der EU. Beispielsweise können Studierende aus den Partnerländern

am ERASMUS-Programm teilnehmen und haben damit erleichterten Zugang zu den Hochschulen der EU-Staaten. Einbezogen in die europäische Nachbarschaftspolitik sind arabische Staaten sowie die östlichen Nachbarn der EU ohne Russland, das hierfür zu groß ist und für das eigene Instrumente entwickelt wurden, und ohne die Türkei, die über eine Beitrittsperspektive verfügt. Die Beziehungen zu Weißrussland sind aus politischen Gründen auf Maßnahmen zur Unterstützung der Zivilgesellschaft begrenzt. Mag. Kühnel wies darauf hin, dass die Nachbarschaftspolitik – auch wenn sie einiges Geld kostet und immer wieder politische Probleme auftauchen – unseren gemeinsamen Interessen dient und deshalb engagiert fortgesetzt werden sollte. Kroatien – das 28. Mitglied der EU Aller Voraussicht nach wird Kroatien im Juli 2013 der EU beitreten. Im September 2011 wurde der Beitrittsvertrag unterzeichnet. Im Januar 2012 gab es dazu ein Referendum, bei dem sich 66 % für die Mitgliedschaft aussprachen.

**Gordan Bakota**, Botschafter der Republik Kroatien, wies auf die besondere Unterstützung Österreichs im Beitrittsprozess hin und bedankte sich hierfür ausdrücklich. Der bevorstehende Beitritt seines Landes sei ein politisches Signal für Südosteuropa und trage zur Stabilisierung und Konsolidierung in der ganzen Region Südosteuropa bei. Die Beitrittsverhandlungen seien sehr schwierig und langwierig gewesen. Kroatien müsse auch jetzt noch erhebliche Anstrengungen unternehmen, um wirklich EU-reif zu werden. Noch immer unterliege das Land dem Monitoringprozess der EU. Von Vorteil sei es dabei, dass alle Parteien der derzeitigen stabilen kroatischen Regierungskoali-

weit voraus und ist dem europäischen Gedanken mit viel Herz verbunden. Als Präsident der Wirtschaftskammer Österreich gratuliere ich Herrn Max Wratschko herzlich zu seinem 75. Geburtstag und freue mich, ihm die Ehrenurkunde der Wirtschaftskammer Österreich als Dank und Anerkennung für seine Verdienste um die österreichische Wirtschaft zu überreichen.”

### Goldene Ehrennadel der EFB

Das Europa-Forum Neumarkt war ein würdiger Anlass, **Monika Bauernberger** aus Linz und **Johann Absenger aus Frannach** für ihr großes Engagement die „Goldene Ehrennadel der EFB“ zu verleihen.



Wir gratulieren allen dazu recht herzlich!

tion den Beitritt nachdrücklich unterstützen. Derzeit stünden in der Europapolitik des Landes konkrete Projekte, auch regionale Partnerschaftsprojekte, im Vordergrund. Kroatien strebe an, in zwei bis drei Jahren auch dem Schengen-Raum beizutreten. Damit werde das Reisen erleichtert und der Tourismus gestärkt. Kroatien könne für das zweite Halbjahr rd 650 Mio. € Fördermittel aus den verschiedenen EU-Förderfonds sowie aus der Agrarunterstützung erwarten. Wichtig sei aber vor allem der Modernisierungsschub, der von der Zusammenarbeit mit der EU ausgehe. Beispielsweise sei nun das Thema Energieeffizienz und sei die Unterstützung der erneuerbaren Energien neue Themen auf der kroatischen politischen Tagesordnung. Ohne die EU würde man sich kaum mit derartigen Fragen befassen.

Mit dem Programm unter dem Motto Fortsetzung auf Seite 10

Fortsetzung von Seite 9

„Europavision 2020: Standpunkt vertreten – Standort stärken“ verfügt die Steiermark über eine eigene Europastrategie des Landes. Europalandesrat **Dr. Christian Buchmann** erläuterte den Entstehungsprozess dieser Strategie, die mit vielen Experten diskutiert und im September 2011 von der Landesregierung einstimmig und vom Landtag mit großer Mehrheit beschlossen wurde. Buchmann wies darauf hin, dass die Europastrategie des Landes vier Kernelemente umfasst: Im Vordergrund steht eine aktive Interessenvertretung in Brüssel über den Ausschuss der Regionen und in bilateralen und multiregionalen Kontakten.

Zweiter Schwerpunkt der Europastrategie ist die Verankerung der Europapolitik in allen anderen Landesministerien. Die Europaabteilung der Landesregierung habe keine Richtlinienkompetenz. Doch sei die Europastrategie von der Landesregierung insgesamt beschlossen worden. Deshalb seien die hier getroffenen Vereinbarungen und Ziele Grundlage der Politik, auf die sich alle Dienststellen verpflichtet hätten.

Der dritte Schwerpunkt betrifft die internationalen Kontakte. Buchmann wies darauf hin, dass die Steiermark über 30 Partnerschaften mit anderen Regionen in Europa verfügt. Seit langem gibt es die Mitarbeit in der Arbeitsgemeinschaft „Alpe Adria“, zu der Regionen in Ungarn, in Slowenien und Kroatien gehören. In diesem Rahmen sollen neue Projekte, u.a. unter Einbeziehung der Jugend, entwickelt werden.

Der vierte Schwerpunkt zielt auf die Verbesserung der Europakommunikation. Gegenüber der Bevölkerung müssten die Vorteile der europäischen Zusammenarbeit und auch die gemeinsamen Werte der EU verdeutlicht werden. Die Steiermark profitiert in starkem Maße von der EU. Arbeitsplätze konnten durch die Exportmöglichkeiten erhalten und neu geschaffen werden. Seit dem Beitritt Österreichs hat die Steiermark rund 2,2 Mrd. € aus den EU-Strukturfonds erhalten. Dies sei viel zu wenig bekannt.

Buchmann bezeichnete es als ein besonders wichtiges Element der Euro-

pastrategie des Landes, dass pro Jahr mit Unterstützung der Landesregierung mindestens 500 junge Menschen in Brüssel den Europäischen Entscheidungsprozess vor Ort kennenlernen sollen. Schüler und Jugendliche sollten bis ins Berufsleben hinein kontinuierlich mit europäischen Themen befasst werden.

**Der Euro als Stabilitätsfaktor für Südosteuropa** Mit den aktuellen Problemen der gemeinsamen europäischen Währung und dem Beitrag des Euro zur Stabilisierung der Länder in Südosteuropa befasste sich **Mag. Franz Nauschnigg**, Leiter der Integrationsabteilung der Österr. Nationalbank. Hinsichtlich der aktuellen Diskussion um die Stabilität des Euro unterstrich Nauschnigg, dass sich der Euro seit seiner Einführung bewährt habe. Der Außenwert sei gestiegen und die Inflation geringer als zu Schilling-Zeiten. Allerdings schütze der Euro nur vor Währungskrisen, nicht aber vor Banken- und Staatsschuldenkrisen. In vielen EU-Staaten habe es aber in den letzten Jahren derartige Banken- und Staatsschuldenkrisen gegeben.

Hinsichtlich der Bedeutung des Euro für Südosteuropa wies Mag. Nauschnigg darauf hin, dass die Region den Großteil ihres Handels mit dem Euro-Raum abwickelt. Deshalb sei es auch für Südosteuropa von elementarem Interesse, dass die derzeitige Krise des Euro möglichst rasch überwunden wird. Hierzu seien durchaus wirksame Instrumente entwickelt und vom Europäischen Rat beschlossen worden, die jedoch nunmehr tatsächlich realisiert und in ihrer Anwendung wirksam kontrolliert werden müssten. Der Euro sei in vielen Staaten Südosteupas Zweitwährung. In Montenegro und im Kosovo existiere gar keine eigene Landeswährung. Untersuchungen hätten ergeben, dass etwa zwei Drittel der Menschen der Staaten Südosteupas den Euro in durchaus erheblichen Größenordnungen besitzen würden. Auch werde der Großteil der Staatsanleihen in Euro gehalten. Zusammenfassend könne man sagen, dass der Euro für Südosteuropa ein wichtiger Stabilitätsanker ist.

## Die Europäische Union vor neuen und alten Herausforderungen

Der Abschlussvortrag des Europafo-

rums befasste sich mit dem Thema „Das Dilemma von Erweiterung und Vertiefung – aktuell wie nie zuvor“. **Mag. Barbara Eibinger**, Mitglied des Landtags der Steiermark, wies auf die Herausforderungen hin, vor denen die Europäische Union stehe: Finanz- und Wirtschaftskrise, demographischer Wandel, Klimaschutz, Rohstoffknappheit und vieles mehr. Der Rückblick auf die Geschichte zeige, dass die EU uns allen große Vorteile gebracht hat, die bestehenden Probleme müssten aber jetzt aktiv angegangen werden. Notwendig sei unter anderem eine verbesserte Ausbildung der jüngeren Menschen, eine den Problemen und Bedürfnissen angepasste Migrations- und Zuwanderungspolitik, eine veränderte Energiepolitik und eine neue Struktur der Sicherheitspolitik. Europa müsse weltweit mit einer Stimme sprechen, ohne die Einführung von Mehrheitsentscheidungen auch in der Außenpolitik werde es nicht gehen. Auch die fortwährende Erweiterung der EU bringe Probleme mit sich. Positiv sei aber zu registrieren, dass in den Beitrittsländern bereits mit der Beitrittsperspektive die Demokratie gestärkt werde und Modernisierungsprozesse in Gang gesetzt werden. Der bevorstehende Beitritt Kroatiens sei zu begrüßen. Der Fall Türkei sei anders gelagert, da hier noch erhebliche Hürden zu überwinden seien. Doch solle sich die EU nicht verschließen, wenn die Türkei die Menschenrechte beachte und die Standards erfülle. Wichtig sei es in jedem Fall, Fragen der Europapolitik offen und verständlich den Menschen zu erklären. Ohne die Unterstützung der Bevölkerung werde es keine weiteren Fortschritte in Europa geben können. In der Abschlussdiskussion wurde in vielen Wortbeiträgen auf die Notwendigkeit einer Stärkung der Demokratie in Europa und einer verbesserten Kommunikation hingewiesen. Wichtig sei es, Europa in Schulen und Universitäten besser über Europa zu informieren und möglichst viele jüngere Menschen, aber auch Bürgermeister und Mandatsträger in Stadt- und Gemeinderäten nach Brüssel oder Straßburg einzuladen, um ihnen europäische Zusammenhänge vor Ort durch persönlichen Kontakt und Erfahrungen zu ermöglichen.

## Bayern zeichnet Max Wratschgo aus



Für seine Jahrzehnte lange Kooperation mit der Union Europäischer Föderalisten in Bayern und der Europäischen Akademie Bayerns erhielt der Ehrenobmann der EFB/UEF Österreichs Max Wratschgo am 16. Mai 2012 die „Medaille für besondere Verdienste um Bayern in einem Vereinten Europa“ von der Bayerischen Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten Frau Emilia MÜLLER im Prinz-Carl-Palais in München überreicht.

Aus der Laudatio: „... Sie sind ein überzeugter Europäer, der seit 1955 für die europäische Idee aktiv tätig ist. Aus dieser Funktion heraus ergab sich eine fruchtbare jahrzehntelange Zusammenarbeit mit der Schwesterorganisation der Europa-Union in Bayern. Seit vielen Jahren wird die bayerische Europa-Union zu den Feldbacher Europagesprächen eingeladen. Sie sorgten für den Austausch von Wanderausstellungen und boten grenzüberschreitende Unterstützung, die die Arbeit der bayerischen Schwesterorganisation befruchtet hat. Sie leisteten damit einen wichtigen Beitrag zum Zusammenwachsen der Menschen in Europa. Dies ist gerade in Zeiten der Krise, die die Europäische Union in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht vor enorme Herausforderungen stellt, besonders wichtig.“

## Wechsel in der Europäischen Akademie Bayerns



Der langjährige Akademieleiter Michael Jörger hat im Rahmen einer Feierstunde am 14. Mai 2012 seinen wohlverdienten Ruhestand angetreten. Frau Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten Emilia MÜLLER würdigte im Prinz-Carl-Palais in München seine Verdienste. In Vertretung der EFB/UEF Österreichs überbrachte Vizepräsident der EFB/UEF und geschf. Vorsitzender des Europahauses Linz Dr. Franz Kremaier die besten Wünsche für den neuen Lebensabschnitt und übergab ein kleines Gastgeschenk.

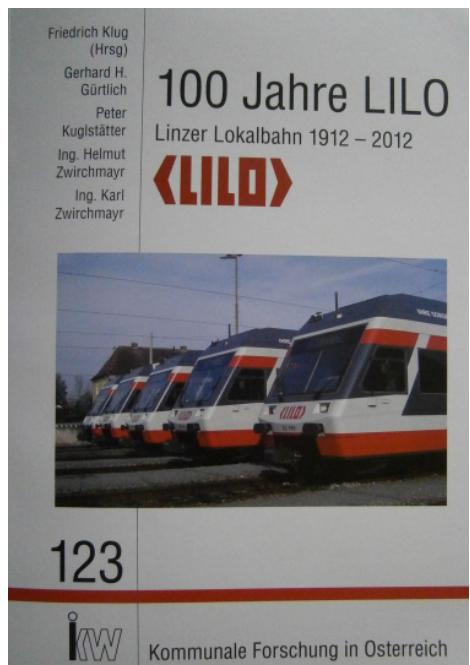
Als Nachfolgerin leitet Frau Dipl.Jur., Dipl.Pol. Birgit Schmitz-Lenders die Europäischen Akademie Bayerns. Wir Europäer wünschen viel Erfolg

## 1912 - 2012: Linzer Lokalbahn - <LILO> feiert 100 Jahre

Anlässlich der 100-jährigen Geschichte der LILO wurde auf Initiative von GD OSR Univ. Doz. FH-Prof. Dr. Friedrich Klug ein Jubiläumsbuch von der Stadt Linz im Rahmen der Schriftenreihe „Kommunale Forschung in Österreich“ als Band Nr. 123 herausgegeben.

Das Buch gliedert sich in zwei Teile, der erste Teil behandelt in einem Nachdruck des vergriffenen 75-Jahr Jubiläumsbuches die Ereignisse in der Zeit von der Gründung und der Bahneröffnung im Jahr 1912 bis zum Jubiläumsjahr 1987. Im zweiten Teil wird die Entwicklung

der anschließenden 25 Jahre 1988 bis 2012 dokumentiert, wo umfangreiche und innovative Modernisierungen nach dem jeweiligen Stand der Technik bei der LILO durchgeführt wurden. Mit diesen Investitionen und betrieblichen Verbesserungen, wurde die LILO zu einem europäischen Herzeigeprojekt im öffentlichen Regionalverkehr und fährt einer guten Zukunft entgegen.



Seit 1988 verzeichnet die LILO eine Fahrgastentwicklung von rd. 75.000 auf rd. 2.000 000 Fahrgäste. Durch ihre Einbindung in die Nahverkehrsdrehscheibe Hauptbahnhof Linz, den Neubau der Bahnhöfe Neumarkt und Peuerbach und moderne Fahrgarnituren wurde die Ausgangsbasis für eine zukunftsträchtige Weiterentwicklung geschaffen.

Ab dem Jubiläumsjahr 1987 wurde die Strecke Linz-Eferding-Waizenkirchen-Peuerbach im gesamten Personenverkehr mit von Bahnen im Raum Köln gekauften Triebwagenzügen abgewickelt und so reichten der Bekanntheitsgrad der LILO und das Interesse weit über die Grenzen des Landes hinaus. Besonders verdient gemacht hat sich der langjährige Betriebsleiter Herr Technischer Rat Ing. Karl Zwirchmayr, der Verfasser des Jubiläumsbuches „75 Jahre Linzer Lokalbahn“, der auch mit dem Nachdruck einverstanden war und an maßgeblicher Stelle bei der Konzeptionen des 1912 erschienenen 100-Jahr Jubiläumsbandes mitgewirkt hat.



Diese Frage stellte sich Staatssekretär Wolfgang Waldner anlässlich der Festveranstaltung „55 Jahre Europahaus Neumarkt“ im Schloßhof der Burg Forchtenstein am 14. Juli 2012.

Zum 55-jährigen Bestehen des Europahauses Neumarkt, das seit 1957 als Ort der Begegnung und als Ideenwerkstatt für die Gestaltung eines vereinten Europas dient, sagte der Staatssekretär. „Ich möchte den Betreiberinnen und Betreibern des Europahauses für ihren unermüdlichen Einsatz danken, konsequent über Europa zu informieren und die Diskussion über Europa zu fördern“.

„Wir befinden uns in einer Zeit des Umbruchs. Die Wirtschaftskrise der vergangenen Jahre und geopolitische Veränderungen fordern von der EU, sich an diese neuen Entwicklungen anzupassen, um im globalen Wettbewerb bestehen zu können. Ich sehe die Krise auch als Chance für Europa, die notwendigen Reformen rasch umzusetzen, um damit die Grundlage zu schaffen, wieder selbstbewusst in der Welt agieren zu können“, betonte Waldner.

Das europäische Projekt befindet sich in einer Umbruchsstufe. Die EU hat bereits durch ihr Krisenmanagement gezeigt, dass sie funktioniert. Durch ESM und Fiskalpakt sind wichtige Schritte gesetzt worden, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Für eine Positionierung als globaler Akteur werde eine Vertiefung der gemeinsamen Wirtschafts- und Währungspolitik ausschlaggebend sein. Sparen und Konsolidieren müssen einhergehen mit langfristigen Impulsen für Wachstum.

Es ist Zeit, die EU des 21. Jahrhunderts zu gestalten.

## Churburger Wirtschaftsgespräche 2012 im Zeichen der wert(e)vollen Familienunternehmen – Vision-Tradition-Dynamik in der Euro-Finanzkrise

Bereits zum 27mal fanden die auf der Churburg in Schluderns Wirtschaftsgespräche statt. Bei den diesjährigen Gesprächen vom 11. bis 13. Oktober standen im Focus die Familienunternehmen im Spannungsfeld der Euro-Finanzkrise.

Ein heißes Kamingespräch mit dem eingefleischten Eurokritiker **Wilhelm Hankel** gab es zum Auftakt am 11. Oktober abends: Manövriert Südeuropa den Euro in den Bankrott? Rund 70 Personen drängen sich im Kaminzimmer der Churburg – eine illustre Gesellschaft aus Unternehmern, Finanzexperten, Universitätsprofessoren und Rechtsanwälten aus Südtirol, der Schweiz, Österreich und Deutschland. Und alle sind gespannt, was dieser Wilhelm Hankel zu erzählen hat. Hankel, 83 Jahre und kein bisschen müde, ist ein Eurokritiker der ersten Stunde. 1998 klagte der Wirtschaftswissenschaftler und Universitätsprofessor vor dem Bundesverfassungsgerichtshof gegen die Einführung des Euro. Er selbst bezeichnet sich als Don Quijote, der gegen Windmühlen kämpft – „hartnäckig“, sagt er, „verbissen“, meinen seine Gegner.

Der Euro ist eine Fehlgeburt. Nein, der Euro ist trotz einiger Fehler bei der Einführung unverzichtbar geworden so der Hauptreferent Wilhelm Hankel, der ein schweres Geschütz gegen den Euro auffuhr.

Hankel: „Es ist kaum zu glauben. Der Friedensnobelpreis geht an eine Institution, die sich in den vergangenen Jahren einen Rechtsbruch nach dem anderen geleistet hat.“ Wilhelm Hankel hat noch keine 20 Sekunden gesprochen, doch schon der erste Satz seines halbstündigen Vortrags sitzt, denn wenige Stunden zuvor war bekannt geworden, dass der EU der Friedensnobelpreis zuerkannt worden ist.

Johannes Graf Trapp und sein Organisationsteam hatten Don Quijote ganz bewusst auf die Churburg geladen, wohl wissend, dass der umstrittene Hankel polarisieren und zur Diskussion anregen würde. Hankel behauptet von sich, dass seine euro-kritischen Aussagen nicht erwünscht seien und dass er deswegen kaum mehr Einladungen zu Vorträgen

abenden oder Diskussionen erhalte – und wenn er eingeladen werde, dann werde er zuweilen kurzfristig wieder ausgeladen. Aber wenn Hankel reden darf, so wie auf der Churburg, dann ähnelt er einem eingespererten Löwen, der endlich aus dem Käfig durfte. Dann ist er schwer in Zaum zu halten und erntet im Publikum mit seinen teilweise pointierten Aussagen Kopfschütteln gleichermaßen wie Zustimmung.

Aber zurück zu den Rechtsbrüchen. Dass es nie Sanktionen gegen Maastricht-Sünder gegeben habe, auch gegen Deutschland nicht, sei nur einer von vielen Rechtsbrüchen, so Hankel. „Ich weiß nicht, über was ich fassungsloser sein soll: über das, was zusammengelogen wird oder über das, was verschwiegen wird“, schimpft Hankel. Er nennt die Europäische Zentralbank EZB eine „Fehlkonstruktion von Anfang an“ und spricht von einer Kapitalflucht aus dem Euroland, die zehn Prozent der Wirtschaftsleistung ausmache. Er behauptet, dass allein diese Kapitalflucht die Inflation verhindere, obwohl es eine solche angesichts der Geldpolitik der Europäischen Zentralbank längst geben müsste: „Jeder Student lernt, dass die Geldmenge und Wirtschaftsleistung nicht auseinanderdriften dürfen. Genau das passiert aber“, spielt Hankel darauf an, dass die EZB die Banken mit Liquidität versorgt und jetzt auch noch Staatsanleihen der Krisenländer aufkaufen will. Oder eigentlich: Die Inflation existiere bereits – beispielsweise in Form eines steigenden Goldpreises und in Form einer „Inflation an den Finanzmärkten –, sie sei nur noch nicht „im Supermarkt angekommen, weil die Wirtschaftsleistung sinkt“.

Nach einer halbstündigen Schießparade auf den Euro und seine Macher gibt es genügend Diskussionsstoff. Ist der Euro angesichts der unübersehbaren Fehler bei der Einführung wirklich dem Tode

# Ehrung für Prof. Hugo Schanovsky

Prof. Hugo Schanovsky, wurde am 19. Juni 2012 mit dem Goldenen Verdienstzeichen des Landes Wien im Wappensaal des Wiener Rathauses für sein literarisches und politisches Schaffen ausgezeichnet.

Hugo Schanovsky, der am 29.11.1927 in Steyr geboren wurde, schrieb 1945 in der amerikanischen Kriegsgefangenschaft sein erstes Gedicht mit dem Titel: „Gebet ihn nicht auf, den Trümmerhaufen Europa“.

## Wir Europäer gratulieren dazu sehr herzlich!



Zahlreiche Gratulanten kamen u.a. aus Oberösterreich ins Wiener Rathaus. (v.li.n.re) Konsulent Josef Bauernberger, Altbischof Dr. Maximilian Aichern, Konsulent Dr. Franz Kremaier (3.v.li), Manfred Harant (1.v.li.). Der amtsführende Stadtrat Dr. Andreas Mailath-Pokorny (6.v.li.) überreichte im Namen des Landeshauptmannes von Wien Dr. Michael Häupl diese hohe Auszeichnung.

geweiht? Oder hat der September 2012 das Ende der Eurokrise eingeläutet, weil erstens die EZB entschieden hat, unbeschränkt Staatsanleihen von Krisenländern ankaufen zu wollen, sofern sich die Staaten der Kontrolle des Rettungsfonds unterwerfen, und weil zweitens der Bundesverfassungsgerichtshof in Karlsruhe den Weg frei gemacht hat für den Europäischen Rettungsfonds ESM?

In welchem Spannungsfeld sich der Euro nun tatsächlich befindet diskutierten unter der Moderation des Redakteurs der Südtiroler Wirtschaftszeitung Dr. Christian Pfeifer: Dr. Michl Ebner, Präsident der Handelskammer Bozen, Mag. Friedrich Strasser, Vorstandsmitglied der Gutmann Bank AG, Dr. Ulrich Ladurner, Präsident der Unternehmensgruppe Dr. Schär, Dr. Raimund Steiner von Egon Zehnder International und Michael Fleissner, Gründer der United Soft Media Verlag GmbH.

Die September-Entscheidungen würden sicher spekulationshemmend auswirken, ist Handelskammerpräsident Michl Ebner überzeugt, der zum Zeitpunkt der Euro-Einführung im EU-Parlament saß. Der Euro würde jetzt – elf Jahre nach seiner Einführung – eben Probleme machen „wie jedes kleine Kind“. Es seien zweifelsfrei Fehler gemacht worden, räumt Ebner ein, es seien notwendige Reformen wie die Vereinheitlichung der Steuersysteme versäumt worden. Aber deswegen dürfe der Euro nicht gleich verteufelt werden, er habe auch viele Vorteile gebracht. Selbst Deutschland habe „nicht das schlechteste Geschäft gemacht, hat es die Exporte seit der Euro-Einführung

doch um 50 Prozent gesteigert“, so der langjährige EU-Politiker.

Der Unternehmer Michael Fleissner, der mit seinem United Soft Media Verlag mit Sitz in München international tätig ist, konnte Hankels Aussagen in Teilen durchaus zustimmen. Nur bringe es nichts zu schimpfen: „Durch dieses Schlamassel müssen wir jetzt eben durch, beispielsweise indem wir als Unternehmer nicht alle Eier in ein Körbchen geben.“ Diversifizierung des unternehmerischen Risikos sei angesichts der Eurokrise das Gebot der Stunde für international tätige Unternehmen. Von einer Vertrauenskrise spricht Raimund Steiner von Egon Zehnder International.

Und die Inflation? Das Angebot der EZB, Staatsanleihen von Krisenländern zu kaufen, sei sicher ein Spiel mit dem Feuer der Inflation, gibt Geldfachmann Friedrich Strasser, Partner und Vorstandsmitglied der traditionsreichen Bank Gutmann, zu Bedenken. Gewissermaßen werde diese Inflation in Kauf genommen, weil es sich um einen bequemen Weg handeln würde, Staatsschulden abzubauen. Wilhelm Hankel fühlt sich von solcherlei Aussagen bestätigt: Wenn die Inflation als Instrument für die Entschuldung der Staaten missbraucht werde, dann dürfe sich niemand über das wachsende Misstrauen wundern. Und: Inflation sei Kommunismus pur! Für Hankel braucht es zur Lösung der Eurokrise nicht Inflation, „sondern tüchtige Unternehmer und eine eigene Währung für die Krisenländer“.

Schon ist Hankel wieder in seinem Ele-

ment. Island – so sagt er – habe seine Banken pleite gehen lassen, ganz im Gegenteil von dem, was die EU heute mache, und dürfe jetzt stolz auf ein Wirtschaftswachstum von drei Prozent verweisen – das könne kein Euroland. Was Hankel nicht sagt: Das Plus in Island kommt zustande, nachdem das Bruttoinlandsprodukt zuvor um gut 40 Prozent abgesackt war. Und weiter: Die USA würden viele Fehler begehen, aber sicher nicht den Fehler, einen Bundesstaat zu retten, so wie die EU dies mit Griechenland versuche, wettert Hankel. Handelskammerpräsident Michl Ebner hält dagegen: „Selbst innerhalb von Staaten ist so etwas üblich, siehe Länderfinanzausgleich in Deutschland.“

Es wird heiß diskutiert im Kaminzimmer der Churburg, ganz passend zum lodernden Kaminfeuer. Aus dem Publikum melden sich Hankel-Fans zu Wort genauso wie Euro-Verfechter. Die einen bezeichnen den Euro als Fehlgeburt, die anderen als Gewinn. Für die einen ist Deutschland Schuld am derzeitigen Eurosclamassel, für die anderen sind es die verschuldeten Südländer.

Die Diskussion auf der Churburg ist zu Ende. Die Diskussion um den Euro ist es nicht.

# Jean-Claude Juncker

am 3.4.12 in der RLB OÖ in Linz:

## „Ohne Euro wäre die Hölle los gewesen!“

Europa sei viel mehr als eine Währung, erinnerte Jean-Claude Juncker, Premierminister des Großherzogtums Luxemburg und Chef der Eurozone, Dienstagabend bei seinem Festvortrag anlässlich der Verleihung der Ludwig Scharinger Preise in der Raiffeisenlandesbank OÖ an die eigentliche Friedensidee der Gemeinschaft. Ohne den Euro wäre jedoch „in mittelschweren Krisen die Hölle los gewesen. Wir Europäer reden jedoch immer nur über Schwächen“, betonte Juncker. Überall auf der Welt werde die Gemeinschaft viel positiver gesehen.



### Juncker: Finanzsektor regulieren, nicht strangulieren

Juncker befürwortete zwar eine stärkere Regulierung des Finanzsektors, warnte jedoch davor, diesen zu „strangulieren“: „Der Kreditfluss Richtung Klein- und Mittelunternehmen muss am Laufen gehalten werden und deshalb braucht es eine Unterscheidung zwischen Investmentbanken und regionalen Bankhäusern, die ein anderes Geschäftsmodell haben.“ Dabei sollen nicht die Sparer, sondern risikoreiche Investmentprodukte belastet werden.

### Einigung hat Geschenk des Friedens gebracht

Die Europäer hätten durch die Einigung ein Geschenk bekommen – das Geschenk des Friedens. Dies werde heute viel zu oberflächlich betrachtet. Denn Friede ist laut Juncker keinesfalls eine Selbstverständlichkeit. Der Rest der Welt bewundere daher die Leistungen in Europa. „Man sieht Europa viel besser, wenn man es aus der Ferne betrachtet. Wir selbst sind dagegen nicht stolz genug. In anderen Kontinenten tut man sich viel leichter, das in Europa Geleistete zu würdigen.“

### Europa braucht „Sonnenbrille, Lupe und Fernglas“

Vor allem die Stärken der Gemeinschaft würden von den Europäern „systematisch unterbeleuchtet“. „Wenn man über Europa redet, darf man keine Sonnenbrille aufsetzen. Sonst sieht man die Schwächen nicht. Man braucht einen klaren Blick, manchmal auch eine Lupe. Sonst sieht man die Stärken nicht. Und wenn man über Europa redet, braucht man auch ein Fernglas. Sonst sieht man die künftigen Herausforderungen nicht“,

verwies Juncker auf eine notwendige differenzierte Betrachtungsweise.

### Euro wird ewig leben

Der Chef der Eurogruppe, der bereits an der Entstehung des Vertrages von Maastricht mitgewirkt hatte, verwies auf die stabilisierende Funktion der Gemeinschaftswährung: „Der Euro wird ewig leben. Früher geriet das europäische Währungssystem bei jedem mitteldramatischen Zwischenfall in der Welt total durcheinander.“ Auf- und Abwertungen hätten sich gravierend auf die Lebensverhältnisse vieler Menschen – vor allem in den Hartwährungsländern – ausgewirkt.

### „Wir müssten uns in totaler Unordnung bewegen“

„Wenn wir den Euro nicht gehabt hätten während des Irakkrieges, während der militärischen Intervention in Afghanistan oder der Anschläge in Washington und New York, während dieser Finanz- und Wirtschaftskrise, die wir dabei sind zu durchschreiten: Die Hölle wäre los gewesen im europäischen Währungssystem“, sagte Juncker. Ohne Euro wäre ein „absolutes währungspolitisches, geldpolitisches und wirtschaftspolitisches Chaos“ die Folge gewesen. Die Länder Europas wären von einer Abwertung in die nächste Aufwertung getrieben worden. „Wir hätten keine monetäre und wirtschaftspolitische Ruhe in Europa, sondern müssten uns in einer totalen Unordnung bewegen - mit wesentlich höheren Arbeitslosenzahlen als wir ohnedies zu beklagen haben.“

### Keine Vorfahrt für Schuldenländer

Der Euro sei auch weniger inflationsgefährdet als der Schilling je war, so Juncker. Trotzdem würden sich manche die nationalen Währungen zurück wünschen. Auch Schuldenländer haben im Euro keine Vorfahrt. „Bis zum Ausbruch der Krise hatten sich die Schuldenstände in Richtung der Maastricht-Grenze von 60 Prozent bewegt. Kein einziges der damals 15 Euro-Mitgliedsländer hatte damals ein Defizit von mehr als drei Prozent, zehn Mitgliedsstaaten hatten sogar Haushaltsüberschüsse.“ Erst mit der Finanz- und Wirtschaftskrise hätten die Defizite wieder zugenommen, weil die Länder mit Budgetmitteln dafür sorgen mussten, dass die Wirtschaft nicht in eine Rezession abgleitet.

„Wir haben noch immer nicht begriffen, dass wir die gemeinsame Währung und den gemeinsamen Wirtschaftsraum kollektiv und solidarisch führen müssen. Nicht jeder darf das tun, was ihm einfällt.“

### Mangelnde Koordination in der Wirtschaftspolitik

Unzufrieden zeigte sich Juncker mit der Koordinierung der europäischen Wirtschaftspolitik. „Wir haben noch immer nicht begriffen, dass wir die gemeinsame Währung und den gemeinsamen Wirtschaftsraum kollektiv und solidarisch führen müssen. Nicht jeder darf das tun, was ihm einfällt“, unterstrich der Chef der Eurogruppe. Dies gelte für die starken wie für die schwachen Staaten. Die Probleme mancher Länder wie Griechenland oder Portugal seien nicht über Nacht entstanden. Juncker: „Es ist nicht so, dass wir das in Griechenland nicht hätten kommen sehen, wir haben jahrelang gemahnt. Hätten wir mehr eine koordinierte Wirtschaftspolitik betrieben, hätten wir uns einige Probleme erspart.“

### Bescheidenere Zurufe

Auch der Stabilitätspakt sei nicht mit der notwendigen letzten Konsequenz zur Anwendung gebracht worden. Juncker warnte

in diesem Zusammenhang vor der Einschätzung, Länder im Norden wären die eigentlich tugendhaften in der Währungsunion. Er verwies auf die Staatschulden Spaniens, die deutlich niedriger als jene Deutschlands sind. Insgesamt haben 17 der 27 EU-Mitgliedsstaaten eine niedrigere Staatsschuld als Deutschland. „Deshalb wären mir etwas bescheidenere Zwischenrufe manchmal angenehmer als dieses permanente Vermitteln des Gefühls, wir machen alles richtig und die anderen machen alles falsch. Wir Österreicher und wir Luxemburger sind in dieser Beziehung auch ein bisschen ‚deutsch‘“, betonte Juncker.

### Deutliche Verbesserungen durch neue Instrumente

Es sei eine kulturelle Unart in Europa, über statt mit jemandem zu reden. „Was ich mir alles anhören musste über Griechenland, geht nicht auf die berühmte Kuhhaut. Wir haben nicht genug Sinn für Subsidiarität und Solidarität. Wir müssen uns viel mehr für einander interessieren.“ Es habe sich jedoch auch einiges verbessert, vor allem bei den Instrumenten, die geschaffen wurden. In den vergangenen 30 Monaten wurde hier eine beispiellose Entscheidungsdichte herbeigeführt.

### Europa muss politisch an Einfluss gewinnen

Bei allen Stärken, die Europa auszeichnen, muss jetzt der Blick geschräft werden für Herausforderungen, die auf uns warten. Der Anteil Europas am weltweiten BIP wird in den kommenden Jahren dramatisch abstürzen und im Jahr 2100 werde Europa nur mehr 4 Prozent der Weltbevölkerung stellen. Heute sind es noch 11 Prozent. Europa werde daher wirtschaftlich an Einfluss verlieren. Daher müsse man politisch und außenpolitisch an Einfluss gewinnen. „Der Euro erlaubt uns das“, meinte Juncker.

### Pühringer: Euro ist stabil, stark und nicht in Gefahr

Auch Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer verwies auf das Vertrauen, das dem Euro entgegen gebracht wird: „Wir haben es hier mit einer Schuldenkrise zu tun, aber sicher keiner Eurokrise. Die Währung ist stabil, stark und nicht in Gefahr. Nur ein Beispiel dazu: Über 30 Prozent der Währungsreserven weltweit sind in Euro angelegt, obwohl die Eurozone nur 19 Prozent des gesamten Weltwirtschaftsraums stellt. Das heißt: Auch andere Länder legen ihre Währungsreserven in Euro an, weil sie Vertrauen in diese Währung haben. Sie wissen, dass wir Europäer nicht die Notenpresse anwerfen werden, um unsere Schulden zu bezahlen, wie es die amerikanische Notenbank schon mehrmals getan hat. Der Euro als Währung ist eine Erfolgsgeschichte, niemand weiß das besser als ein Exportland wie Oberösterreich, das seine Exportquote seit der Mitgliedschaft im gemeinsamen Markt von 37 auf 60 Prozent gesteigert hat.“

RLB OÖ-Generaldirektor **Dr. Heinrich Schaller** verwies auf Herausforderungen, die nur auf gesamteuropäischer Ebene gelöst werden können. „Es wird daher sinnvoll sein, Vertrauen in den Euro zu haben“, so Schaller. Damit dieses Vertrauen erhalten bleibe, müssten Maßnahmen gesetzt werden. Schaller warnte im Hinblick auf die hohen Staatschulden davor, sich darauf auszureden, dass diese Krise ausschließlich vom Bankensektor verursacht wurde. „Wir dürfen nicht dazu übergehen, die Banken verschärft zu regulieren und damit glauben, man hätte die Schuldenkrise im Griff“, so Schaller. Vor allem kleine Geschäftsbanken dürfen nicht zu sehr eingeschränkt werden, damit sie weiterhin ihrer Aufgabe nachkommen können, die Realwirtschaft mit Liquidität und Kapital zu versorgen.

## Beleben wir gemeinsam die europäische Diskussion! Geben wir Europa in Österreich Gesicht und Stimme!

*Der emeritierte Professor für Europarecht und Völkerrecht Univ.-Prof. DDDr. Waldemar Hummer am gleichnamigen Institut der Universität Innsbruck regt an, Europa »Gesicht und Stimme« zu geben und die europäische Diskussion in Österreich zu beleben. Er sieht die Notwendigkeit der Einrichtung eines Europa-Ministeriums und einer fixen EU-Informationsschiene in den Medien.*

Die Öffentlichkeitsarbeit der zuständigen Stellen in Sachen EU ist seit Jahren marginal und überlässt das Feld populistischen EU-Gegnern. Es findet weder eine seriöse inhaltliche Debatte über die politischen und ökonomischen Konsequenzen der einzelnen Lösungsvorschläge für die Finanzkrise statt, noch werden von der öffentlichen Hand Diskussionen über die konzeptive und institutionelle Weiterentwicklung der EU angeregt. Aufgrund des ausgeprägten Hanges des Österreichers zur Personalisierung der Politik muss »Europa« in Österreich so rasch als möglich »Gesicht und Stimme« gegeben werden.

In diesem Zusammenhang ist bei der kürzlich erfolgten Ernennung eines neuen Staatssekretärs im BMF einmal mehr die Chance verpasst worden, einen eigenen »Europa-Staatssekretär« zu installieren. Österreich wäre – nach Auswertung der Erfahrungen mit eigenen Europa- Ministerien in beinahe der Hälfte aller EU-Mitgliedstaaten – gut beraten, sich die Einrichtung eines eigenen »Europa-Ministeriums« zu überlegen. Was die Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung betrifft, so muss diese nicht nur verstärkt, sondern vor allem konzentriert und gebündelt werden. Dazu ist die Einrichtung einer eigenen fixen »Europa-Informationsschiene« im ORF und in Printmedien erforderlich.

Die Schaffung eines »Europa-Ministeriums« ist durchaus realistisch. Immerhin existieren heute in einigen EU-Mitgliedstaaten – sowie in einer Reihe von Gliedstaaten bzw. Ländern – eigene Europa-Ministerien und in 22 Mitgliedstaaten nehmen sich Staatsekretäre mehr oder minder intensiv auch der EU-Agenden an. Warum gibt es in Österreich keinen »Mr. Europa« mehr?

### Handlungsempfehlungen

- (1) Die Bundesregierung muss die populistische »EU-Schelte« der Oppositionsparteien entkräften und wieder eine aktive Europapolitik betreiben;
- (2) Vergleichende Untersuchung der Vor- und Nachteile der Einrichtung von Europa-Ministerien in anderen EU-Mitgliedstaaten und Umlegung dieser Erfahrungen auf die österreichische Situation;
- (3) Einrichtung einer ständigen »EU-Informationsschiene« im ORF, in ausgewählten Printmedien und - für die Jugend – in einem elektronischen Medium.

Die durch den Abgang des bisherigen Staatssekretärs im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (BMelA), Wolfgang Waldner, hätte seitens der ÖVP völlig »geräuschlos« ein eigener »Europa- Staatssekretär« nachbesetzt werden können. In der Folge hätte man das Europa-Staatssekretariat Schritt für Schritt zu einem eigenen Europa-Ministerium ausbauen können. Bei einem Geschick hätte der neue Staatsekretär innerhalb kürzester Zeit »Europa« auch in Österreich »Gesicht und Stimme« geben können. Der bisher einzige, aber auch letzte, der das vermochte, war Alois Mock, der seine Funktionsperiode als Außenminister (AM) von 1987 bis 1995 mit dem Beitritt Österreichs zur EU Anfang 1995 krönen konnte. In der Zwischenzeit sind beinahe 20 Jahre vergangen und es gelang keinem anderen österreichischen Politiker auch nur ansatzweise zu einem zweiten »Mr. Europa« zu werden.

Da in Österreich, wie in kaum einem anderen Staat, die Politik nicht sachgegenständlich sondern grundsätzlich personell ausgerichtet ist, brauchen wir einen »Mr. Europa«.

### Ein eigenes Europa-Ministerium?

Zunächst müsste das BMelA seine europarechtlichen und -politischen Kompetenzen wieder abgeben und hätte sich schwerpunktmäßig auf seine völkerrechtlichen Belange als BMelA zu beschränken. Was die Ausgestaltung eines solchen »Europa- Ministeriums« beträfe, so wären zwei Modelle denkbar. Eine Möglichkeit bestünde in der Zusammenziehung und Bündelung der einzelnen Europaabteilungen der jeweiligen Ministerien in einem einzigen Ministerium, was eine rasche Abstimmung und schnelle Reaktion auf die einzelnen immer komplexer werdenden europapolitischen Herausforderungen ermöglichen würde. Der Nachteil dieser Alternative wäre aber der Abzug europapolitischer Kompetenz aus den einzelnen Fachministerien, was für deren Tätigkeit einen enormen Verlust an einschlägiger Expertise bedeuten würde. Sinnvoll wäre ein »Europa-Ministerium« daher nur dann, wenn es nicht für eine bloße Verschiebung bestehender Kompetenzen und Monopolisierung derselben in einer einzigen Zentralstelle – unter gleichzeitiger »Austrocknung« der europarechtlichen Ressourcen in den einzelnen Ministerien stünde – sondern vor allem für deren bessere Koordinierung.

### Europa-Skepsis in Österreich

Der Effekt der nicht ausreichenden Öffentlichkeitsarbeit hat dazu geführt, dass Österreich nunmehr laut Eurobarometer, einer von EUROSTAT in regelmäßigen Abständen erstellten Statistik über die Zustimmung der Unionsbürger zum Integrationsprozess in der EU, einer der euroskeptischsten Mitglied-

staaten der EU geworden ist und im Zustimmungs-Ranking nur mehr an vorletzter Stelle rangiert. Diese Zunahme der Euroskepsis ist umso bemerkenswerter, wenn man bedenkt, dass Österreich zum Zeitpunkt seines Beitritts zur EU Anfang 1995 die höchsten Zustimmungswerte aufwies.

So stimmte das österreichische Volk bei der Volkabstimmung über den EU-Beitritt am 12. Juni 1994 noch mit einer zwei Drittel-Mehrheit (66,58%) (!) für eine Mitgliedschaft in der EU. Zwischenzeitlich weiß man natürlich schon längst, dass diese damals völlig überraschende hohe Zustimmung auf eine intensive Werbekampagne der Marketing-Agentur Demner & Merlitz zurückzuführen war – aber heute reicht es offensichtlich nicht einmal mehr dazu, eine Agentur zu beauftragen, die Gründe für die eklatante Euroskepsis des Österreichers zu eruieren.

Österreich muss in der EU wieder eine aktive Europapolitik betreiben, wofür die Bundesregierung aber ein »imperatives Mandat« seitens der österreichischen Bevölkerung benötigen würde, das ihr aber deswegen nicht gegeben wird, da sich die Bürger dazu nicht genügend informiert fühlen. Die Absenz einer entsprechenden Information über die Positiva – aber auch die Negativa – der Teilnahme Österreichs am europäischen Integrationsprozess ließ die Österreicher/innen zunächst Schritt für Schritt in Lethargie und Gleichgültigkeit verfallen, die aber jetzt mehr und mehr von Frustration und offenem Widerstand abgelöst werden, und geschickt von einigen Oppositionsparteien für deren Zwecke politisch instrumentalisiert werden. Schon sind die ersten Forderungen auf Austritt aus der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) sowie dem Euro und Rückkehr zum Schilling zu hören und sogar ein kompletter Austritt aus der EU wird angedacht. So überzogen diese Forderungen auch klingen und so unrealistisch sie aus ökonomischer und juristischer Sicht auch sein mögen, so gilt für sie ganz besonders die alte Wahrheit: »Wehret den Anfängen.«

### Umfassende Information ist dringender denn je!

Im ORF oder in einem Printmedium ist eine fixe, regelmäßige Berichterstattung österreichischer Minister oder des Bundeskanzlers darüber vorzusehen. Der Einwand, dass sich die Medien dazu nicht hergeben würden, ist leicht zu widerlegen, da diesen Medien ja dann die »Ergreiferprämie« der Erstinformation durch den zuständigen österreichischen Minister zu kommen würde. Die Österreicher/innen müssen einen eigenen »Europa-Kanal« im ORF oder eine fixe »Europa- Kolumne« in einer Zeitung zur Verfügung haben, und für die Jugend ist eine geeignete elektronische Adresse einzuführen.

Erscheinungsort Linz  
DVR: 064 86 55  
Sponsoring Post  
Verlagspostamt 4020 Linz  
GZ02Z033982S

### Impressum

#### OFFENLEGUNG

Grundlegende Richtung von „Wir Europäer“ ist die Förderung aller Bestrebungen zur friedlichen Integration Europas.

#### MEDIENINHABER

Europäische Föderalistische Bewegung und Bund Europäischer Jugend OÖ., Europahaus Linz

#### HERAUSGEBER

Vorstand der EFB OÖ.

#### DRUCK

Trauner Druck GmbH & Co. KG, Linz.

#### VERLAGSLEITER

Dr. Franz Seibert

#### REDAKTION

Dr. Franz Kremaier, Konsulent Josef Bauernberger, Mag. Michael Radhuber alle 4010 Linz, Postfach 384.

#### MAIL

europahaus.linz@gmail.com

#### HOME PAGE

<http://www.dieeuropahaeuser.at/program.htm>